

A N F R A G E von Renate Büchi-Wild (SP, Richterswil), Jorge Serra (SP, Winterthur) und Ueli Annen (SP, Illnau-Effretikon)

betreffend Staatsschutzaffäre in Basel

Die Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates des Kantons Basel hat festgestellt, dass die Daten von mindestens sechs Ratsmitgliedern vom Dienst für Analyse und Prävention des Bundesamtes für Polizei «bearbeitet» werden. Es ist inakzeptabel, dass Mitglieder eines Parlamentes bespitzelt werden. Erinnerungen an die Fichenaffäre von 1989 werden wach und der Verdacht entsteht, dass vom Volk gewählte und legitimierte Parlamentarierinnen und Parlamentarier überwacht und Dossiers über sie angelegt werden. Der jetzt bekannt gewordene Fall im Kanton Basel wirft die Frage auf, ob dies nicht nur in Basel geschehen könnte, deshalb erlauben wir uns, dem Regierungsrat folgende Fragen zu stellen:

1. Besteht die Gefahr, dass auch Parlamentarierinnen und Parlamentarier des Kantons Zürich bespitzelt werden?
2. Ist der Regierungsrat bereit, diesen Sachverhalt zu überprüfen und den Kantonsrat zu informieren?
3. Welche Möglichkeiten hat der Regierungsrat, die Aktivitäten des Staatsschutzes zu überprüfen und über die Tätigkeiten informiert zu werden?
4. Wie stellt sich der Regierungsrat grundsätzlich zur Tatsache, dass vom Volk gewählte Mitglieder eines Parlamentes (Grosser Rat des Kt. Basel Stadt) vom Staatsschutz überwacht werden?

Renate Büchi-Wild
Jorge Serra
Ueli Annen